

Politische Bildung in der niedersächsischen Erwachsenenbildung

1. Politische Bildung: Notwendigkeit und Herausforderung

Die Politische Bildung gehört von Anfang an zum Kernbestand der öffentlichen Erwachsenenbildung. Das Land Niedersachsen hat dem seit der Verabschiedung des ersten Erwachsenenbildungsgesetzes im Jahre 1970 immer Rechnung getragen und auch im aktuellen Gesetz diesem Bereich der Bildungsarbeit eine herausgehobene Förderung garantiert.

Angesichts der gegenwärtigen globalen Entwicklungen und dem dadurch ausgelösten Innovations- und Veränderungsdruck auf die ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen einer jeden Gesellschaft ist politische Bildung nicht nur notwendig und zeitgemäß, sondern sieht sich vor neue Herausforderungen gestellt:

Der gesellschaftliche Wandel und die darauf erfolgten Reaktionen beachtlicher Bevölkerungsgruppen (Wahl- und Beteiligungsabstinenz, Lamentierungskultur), gegenwärtige Migrationsbewegungen und Integrationsbemühungen, die europäische Erweiterung und die internationale Verflechtung erfordern ein Festhalten an der Vermittlung eines sich auf Demokratie, Toleranz und Pluralismus gründenden politischen Bewusstseins. Gefordert ist in gleicher Weise die Befähigung zur aktiven Teilnahme am politischen, sozialen und kulturellen Leben auf der Basis gemeinsamer Werte und demokratischer Verantwortung.

Politische Bildung ist so eine nachhaltige Investition in Demokratie und für die Entwicklung und den Zusammenhalt einer modernen Gesellschaft unverzichtbar. Verstehen und Verständigung, Aufklärung und Kritik, Orientierung und Beteiligung sind ihre zentralen Leitideen. Damit ist die politische Bildung im europäischen Kontext einer „Education for Citizenship and Human Rights“ zu verorten; „Bürgerkompetenz“ gehört im europäischen Referenzrahmen zu den Schlüsselkompetenzen des Lebenslangen Lernens, der „aktive und demokratische Bürger“ ist als eins seiner Ziele genannt.

Eine solche demokratiepolitische Bildung ist ein Lebens begleitender Prozess zur Förderung von Solidarität, Gleichberechtigung und Teilhabe in einer freiheitlich verfassten Gesellschaft und wird daher als Daueraufgabe des öffentlich verantworteten Bildungssystems und der Erwachsenenbildung anzusehen sein.

2. Untersuchung zur Programmpraxis der politischen Bildung

In der Folge der gesellschaftlichen Entwicklung haben sich in den letzten Jahren ebenfalls die Themen, Arbeitsmethoden und Veranstaltungsformen der politischen Bildungsarbeit gewandelt. Dies belegt eine aktuelle Untersuchung zur Programmpraxis der Politischen Bildung in Niedersachsen, die jetzt von der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung vorgelegt wird. Die „Räume der politischen Bildung“ haben sich erweitert und haben zu einer vielfältigen und differenzierten Programmpraxis geführt, die einer genauen öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion bedarf.

Der Vorstand des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung (nbeb) hat die Ergebnisse dieser Studie in einer Arbeitsgruppe ausführlich erörtert. Die darin enthaltenen Beschreibungen zur Entwicklung der Bildungsarbeit, die Überlegungen zum Arbeitsverständnis der politischen Bildung und die Beispiele aus der Planungs- und Programmpraxis der niedersächsischen EB-Einrichtungen sind eine wichtige Grundlage für die Analyse und Bewertung der politischen Bildungsarbeit.

3. Fachtagung „Politische Bildung in der niedersächsischen Erwachsenenbildung“

Die vorgelegte Untersuchung nimmt der Vorstand des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung zum Anlass, das Thema Politische Bildung in der niedersächsischen Erwachsenenbildung in einer Fachtagung im Herbst 2007 ausführlich zu diskutieren. Ohne den Ergebnissen einer solchen Fachtagung vorzugreifen, geht der Vorstand dabei von folgenden Handlungsempfehlungen aus:

Die vorliegende Untersuchung wird zum Anlass genommen,

- *die neue Programmrealität politischer Bildung in und unter den Einrichtungen zu diskutieren,*
- *„best-practice“-Beispiele untereinander auszutauschen und*
- *zukunftsorientierte Ansätze und Konzepte in der Praxis weiterzuentwickeln.*

Eine enge Abstimmung mit dem Kultusministerium und seinen Bemühungen im Bereich der politischen Jugendbildung wird dabei erfolgen. Eine Beteiligung des Ministeriums an der Fachtagung wird daher angestrebt.

Bei diesen Überlegungen hat der Vorstand des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung die Zielvorstellung, dass die politische Bildungsarbeit intensiviert und durch die methodische und didaktische Diskussion qualitativ und quantitativ gestärkt wird.

Leitmotiv ist das Bestreben, eine aktive, vorausschauende und nachhaltige demokratiepolitische Bildungsarbeit kontinuierlich vorzuhalten und damit die Bereitschaft und Befähigung der Bürgerinnen und Bürger zu politischem Denken und Handeln in dieser Gesellschaft zu fördern.